

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 4 / 61. Jahrgang, Montag, 8. Februar 2010

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey



Vor gut 1000 närrischen Gästen empfingen die Koblenzer Tollitäten und Sitzungspräsident Manfred Gniffke in der voll besetzten Rhein-Mosel-Halle den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck als Ehrengast der Prinzensitzung der Großen Koblenzer Karnevalsgesellschaft. Der Besuch in Koblenz war einer von einigen Dutzend närrischen Terminen, die der Ministerpräsident in der laufenden Session absolviert. Kurt Beck erwies sich als schlagfertiger Gesprächspartner von Prinz Marcus I. von Druck und Narretei, von Confluentia Claudia und Sitzungspräsident Manfred Gniffke, der sagte, er hoffe ihn noch oft als Ministerpräsident bei der „Grüße Kowelenzer“ begrüßen zu können.

Foto: Godehard Juraschek

Beck und Dreyer begrüßen Vorstoß von Koch

„Wir freuen uns über die Einsicht des hessischen Kollegen zur Neuordnung der Jobcenter“

Ministerpräsident Kurt Beck und Arbeitsministerin Malu Dreyer haben die Initiative von Ministerpräsident Koch in Fragen der Neuordnung der Jobcenter begrüßt. Beck und Dreyer: „Wir freuen uns über die Einsicht des hessischen Kollegen. Dem Bundesrat und dem Bundestag liegen entsprechende Gesetzesentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes vor. Denen können sich die CDU-Kolleginnen und Kollegen sofort anschließen. Denn wir sollten im Interesse der Betroffenen keine weitere Zeit verstreichen lassen.“

Mit dem noch in der vergangenen Legislaturperiode im Februar 2009 zwischen Bundesregierung und Län-

dern gefundenen Kompromiss zur Schaffung von „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) läge ein Vorschlag vor, der unter Beachtung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts weiterhin die Betreuung und Gewährung von Hilfen und Leistungen aus einer Hand ermögliche.

Beck und Dreyer: „Nur eine Verankerung im Grundgesetz gewährleistet aus unserer Sicht eine dauerhaft rechtlich abgesicherte und für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen verlässliche Regelung. Dieses gilt auch für die Kommunen, die die Betreuung Langzeitarbeitsloser unter eigener Regie übernehmen wollen bzw. übernom-

men haben.

Mit den im Bundestag und im Bundesrat vorliegenden Gesetzesentwürfen, kann die bewährte Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und der Optionskommunen damit unter verbesserten Rahmenbedingungen fortgesetzt und verfassungsrechtlich abgesichert werden. Bei einfachgesetzlichen Lösungen sowohl bezüglich der zukünftigen Zusammenarbeit von Bundesagentur und Kommunen als auch für die Optionskommunen sehen wir die Gefahr, dass diese vor dem Bundesverfassungsgericht wiederum nicht bestehen und als verfassungswidrig eingestuft werden.“

Bruch: Land hilft Kommunen nach Kräften

Verteilungsregeln im kommunalen Finanzausgleich werden laufend angepasst

„Die Landesregierung bekennt sich zu ihrer Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Wir unterstützen unsere Kommunen dabei nach Kräften. Allerdings sind die Möglichkeiten der Landesregierung zu einer dauerhaften Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen im Land begrenzt.“ Dies sagte Innenminister Karl Peter Bruch. Er teilt die Mahnung des Städtetages, die Steuern nicht noch weiter zu senken. „Dies ist für uns als Land nicht zu stemmen und auch nicht für die Kommunen. Letztlich zahlen diese Zeche die Bürgerinnen und Bürger über Streichungen von Einrichtungen oder über steigende Gebühren.“

Eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung kam zu dem Ergebnis, dass sich die Finanzkraft des Landes Rheinland-Pfalz einschließlich seiner Gemeinden nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen auf 97 Prozent des Durchschnitts der Flächenländer beläuft. Mit diesem Einnahme-Wert landet Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Niedersachsen auf dem hintersten Platz unter den westdeutschen Flächenländern. Wenn Land und Gemeinden aber nur unterdurchschnittliche Einnahmen haben, führen schon durchschnittliche Ausgaben zu Defiziten.

Während selbst finanzstarke Länder

regelmäßig die Finanzausgleichsmassen stark kürzen, um den Landeshaushalt zu entlasten, können sich die rheinland-pfälzischen Kommunen auf garantiert wachsende Landeszuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich verlassen. Von 2008 auf 2009 wuchs die Finanzausgleichsmasse um knapp 71 Millionen Euro und wird 2010 noch einmal um weitere gut 18 Millionen Euro zunehmen, obwohl die Steuereinnahmen des Landes drastisch schrumpfen. Allein die seit Ausbruch der Krise im November 2008 entstandenen Steuerausfälle belaufen sich auf 560 Millionen Euro für das Land. Die unverantwortliche Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung allein durch das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschert dem Landeshaushalt Rheinland-Pfalz eine Mindereinnahme von dauerhaft über 120 Millionen Euro jährlich.

In Hessen plant die CDU/FPD-Landesregierung ab 2011 eine Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von 400 Millionen Euro, was allein die zum Teil erhobene Behauptung widerlegt, das Nachbarland Hessen würde seine Kommunen im Finanzausgleich wesentlich besser ausstatten.

In Rheinland-Pfalz werden die Verteilungsregeln im kommunalen Finanzausgleich laufend bedarfsgerecht angepasst. So wurden beispielsweise

die kommunalen Schulträger im letzten Jahr deutlich gestärkt, indem der Schulansatz für die Realschulen plus, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen im kommunalen Finanzausgleich von 30 v. H. auf 50 v. H. angehoben wurde. Ebenso werden höhere Zuweisungen zum Ausgleich der Kosten der Schülerbeförderung sowie der Beförderung von Kindern zu Kindertagesstätten gewährt. Jeweils im Vergleich zum Jahr 2008 wurden die Mittel um 2,5 Millionen Euro im Jahr 2009 und um 4,5 Millionen Euro im Jahr 2010 auf nunmehr 87 Millionen Euro angehoben. Auch der Ansatz für die allgemeinen Straßenzuweisungen erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2008 um jeweils 2,5 Millionen Euro auf jeweils 48 Millionen Euro in 2009 und 2010.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, zum 1. Januar 2011 im kommunalen Finanzausgleich eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen, mit denen speziell die besonders belasteten Landkreise und kreisfreien Städte unterstützt werden sollen. So ist vor allem eine Stärkung des sog. „Soziallastenansatzes“ geplant, da sich die kommunalen Sozialausgaben besonders dynamisch entwickeln. Dabei ist festzustellen, dass die Sozialausgaben der kommunalen Aufgabenträger größtenteils auf bundesgesetzlichen Verpflichtungen beruhen.

Beck: Ehrenamt bringt die Dörfer im Land nach vorne

Nahversorgung im ländlichen Raum stand im Mittelpunkt

„Die Entwicklung der Dörfer wird ein dauerhaftes Ringen bleiben. Die entscheidenden Fragen kennen wir; wir müssen die Antworten mit denjenigen entwickeln, für die wir sie geben. Und gemeinsam können und werden wir die Dinge voranbringen.“ Optimistisch zeigte sich der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck zum Abschluss seines jüngsten Besuchstages im Rahmen der Reihe „Unterwegs für unser Land“.

Diesmal war der Eifelkreis Bitburg-Prüm Ziel des Ministerpräsidenten, der sich das Schwerpunktthema Nahversorgung im ländlichen Raum ausgewählt hatte. Stationen waren die Firma HEIKO in Neuendorf, der Dorfladen in Metterich und das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Eifel in Bitburg. Im Haus Beda in der Eifelstadt zog Kurt Beck dann am Abend in einer Podiumsdiskussion Bilanz seines Besuchstages. Eine Erkenntnis des Ministerpräsidenten: „Ich habe viel Ermutigendes gesehen und viel Ehrenamt erlebt, das für eine sehr positive Entwicklung der kleinsten und kleinsten Gemeinden sorgt.“

Ausdrücklich lobte Beck die unterschiedlichen Dorferneuerungsprojekte. Die Arbeit der vergangenen Jahre habe für viele erfolgreiche Dinge in den Dörfern gesorgt. Als beispielhaft bezeichnete er das Modell der rollenden Lebensmittelmärkte der Firma HEIKO, die mittlerweile über den ländlichen Raum hinaus auch Stadtteile von Koblenz und Köln beliefern. Kurt Beck: „Ich bin überzeugt, dass die mobilen Versorgungsprojekte in Rheinland-Pfalz noch zunehmen wer-

den.“ Das Modell aus Neuendorf sei auch auf andere Regionen im Land übertragbar.

Intensiv diskutierte der Ministerpräsident beim Besuch des DLR Eifel in Bitburg die Probleme der Milchbauern. Beck berichtete aus seiner jüngsten Sprechstunde im heimischen Steinfeld, in der gleich mehrere Landwirte ihre schwierige Situation geschildert hätten. Ausdrücklich fragte er nach den Chancen für die Milchbauern durch Beratungsangebote des DLR. Leider kämen viele Landwirte, die große Probleme hätten, zu spät zur Beratung, berichtete der zuständige DLR-Abteilungsleiter Alfred Lorenz. Um wirtschaftlich funktionieren zu können, müssten die meisten Betriebe wachsen und sich technisch weiter entwickeln. Doch die Landwirte mit Liquiditätsproblemen könnten diesen Weg nicht mehr gehen. „In unserem Tagesgeschäft geht das bis hin zum Rat zum Ausstieg“, sagte Lorenz.

Ministerpräsident Beck zeigte großes Verständnis für die Sorgen der Milchbauern. „Wenn ein Liter Milch billiger ist als ein Liter Mineralwasser, dann stimmt was nicht.“ Beck bat die Mitarbeiter des DLR mit ihrer fachlichen Kompetenz in ihrer Beratertätigkeit nicht nachzulassen. Wenn immer mehr Milchviehbetriebe aufgaben, gebe es einen Strukturwandel, der weit über das Ökonomische hinausgehe und die ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz verändere. Gerade in der Eifel gelte es, die für die Region typischen Grünlandflächen zu erhalten, betonte der Ministerpräsident.

(Weitere Berichterstattung Seite 2.)



Einen rollenden Lebensmittelmarkt besuchte der Ministerpräsident bei der Firma HEIKO in Neuendorf im Eifelkreis Bitburg-Prüm. Geschäftsführer Dr. Reinhard Steinkamp erläuterte das Konzept des Unternehmens.

ZDF-Staatsvertrag ändern

Stadelmaier: Nicht zweiten Schritt vor dem ersten gehen

Mit ihrer Absicht, den ZDF-Staatsvertrag im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen, will die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nach Auffassung des Chefs der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Staatssekretär Martin Stadelmaier, den zweiten Schritt vor dem ersten gehen. „Der ZDF-Staatsvertrag ist von den Ländern beschlossen worden und kann auch von den Ländern geändert werden“, sagte Stadelmaier zu der von den Grünen präsentierten Antragsschrift, mit der der Mainzer Medienrechtler Prof. Dr. Dieter Dörr beauftragt wurde. Deshalb habe der rheinland-pfälzische Ministerpräsi-

dent und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Kurt Beck, Anfang Dezember letzten Jahres nicht sofort nach dem Gericht gerufen, sondern habe sich für die Änderung des ZDF-Staatsvertrags ausgesprochen und konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Unabhängigkeit des Senders gestärkt werden könne.

Aus Sicht des Chefs der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz sollten Gerichte immer erst dann angerufen werden, wenn es keine Aussicht auf außergerichtliche Einigung gebe. Diese außergerichtliche Einigung strebe der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck mit der Änderung des ZDF-Staatsvertrags durch die Länder an.

Das „Wir-Gefühl“ stärkt die Dorfentwicklung

Besuchstag „Unterwegs für unser Land“ führte Ministerpräsident Beck in die Eifel

Die Nahversorgung im ländlichen Raum war Schwerpunktthema des jüngsten Besuchs von Ministerpräsident Kurt Beck im Rahmen der Reihe „Unterwegs für unser Land“ im Eifelkreis Bitburg-Prüm.

In zahlreichen Gesprächen – unter anderem mit Unternehmern, Landwirten, Arbeitnehmern, Kulturschaffenden, Kommunalpolitikern und Behördenvertretern – informierte sich Beck über ein breites Themenfeld, das von rollenden Lebensmittelmärkten über Dorfläden und die Sorgen der Milchbauern bis hin zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum reichte. Selbst für einen kurzen Abstecher zum Seniorenkarneval im Eifeldorf Metterich nahm sich der Ministerpräsident Zeit (siehe auch Bericht Seite 1).

Als beispielhaft für andere Regionen bezeichnete Kurt Beck nach seinem Besuch in Neuendorf die dort ansässige Firma HEIKO, die mit insgesamt 68

rollenden Lebensmittelmärkten eine große Region im nördlichen Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Luxemburg, im deutschsprachigen Belgien und im Süden Nordrhein-Westfalens beliefert. „Wir haben etwa 30 000 Stammkunden in der Woche, überwiegend Frauen, mit einem Durchschnittsalter von 73,4 Jahren“, sagte Geschäftsführer Dr. Reinhard Steinkamp. Gerade die Seniorinnen und Senioren seien dankbar für das Angebot an täglichen Lebensmitteln, die quasi direkt vor die Haustür gefahren würden.

Neben der ländlichen Region – 81 Prozent aller Orte haben keine Geschäfte mehr – beliefern die Fahrzeuge auch Stadtteile von Koblenz und seit neuestem sogar in Köln. Insgesamt werden 1600 Orte durch das Eifeler Unternehmen angefahren. Bei den Frischwaren greift das Unternehmen vor allem auf Produkte aus der Region zurück – Metzger, Bäcker und Obst-

bauern aus der Eifel profitieren davon.

HEIKO betreibt eine eigene Kfz-Werkstatt und eine Schreinerei und hat zusammen mit der IHK Trier den Ausbildungsberuf des Servicefahrers entwickelt. Hierbei werden kaufmännische, logistische und technische Fertigkeiten vermittelt.

Ministerpräsident Beck berichtete im Gespräch mit der Geschäftsführung vom Arbeitskreis Mobilität der Landesregierung und bat das Unternehmen in dem Gremium einmal seine Erfahrungen vorzustellen.

Auf großes ehrenamtliches Engagement stieß der Ministerpräsident im 500-Einwohner-Ort Metterich in der Verbandsgemeinde Bitburg-Land. Ortsbürgermeister Rainer Wirtz und Verbandsgemeinde-Bürgermeister Josef Junk empfingen den Gast aus Mainz gemeinsam mit der Kreisbeigeordneten Monika Fink, MdL, im Dorfladen, der ein Modellprojekt der Dorferneuerung im Rahmen der Schwerpunktgemeinde ist. Etwa 50 Gesellschafter halten Anteile von jeweils 150 Euro.

Der Ortsbürgermeister berichtete, dass der Dorfladen vor 15 Jahren durch den Umbau des ehemaligen Raiffeisenlagers zum Dorfgemeinschafts- und Feuerwehrgerätehaus geschaffen wurde – nicht ohne erhebliche Eigen- und Gemeinschaftsleistung vieler Mettericher Bürgerinnen und Bürger. Die Ortsgemeinde unterstützt den Dorfladen durch kostenlose Bereitstellung der Verkaufsräume, in denen alle Produkte des täglichen Bedarfs angeboten werden. Frischwaren – Brot, Wurst und Fleisch etwa – kommen aus dem Ort oder umliegenden Gemeinden.

Frauen aus Metterich sorgen in Teilzeitarbeit für den Betrieb des Ladens, dem der Ortsbürgermeister eine noch bessere Akzeptanz der Bevölkerung wünschte. Der Ministerpräsident ging mit gutem Beispiel voran und kaufte – unter anderem Nudeln von einem heimischen Erzeuger – ein, ehe er seine Besuchsreihe fortsetzte.

Den Abschluss des Tagesprogramms bildete eine von Christoph Gehring (Deutschlandfunk) moderierte Podiumsdiskussion im Bitburger Haus Beda zum Thema „Für unser Land: Gut versorgt im Dorf.“. Das Fazit des Ministerpräsidenten: „Die Entwicklung der Dörfer wird ein dauerndes Ringen bleiben, und es wird immer Wünsche geben. Mit dem heute erlebten Wir-Gefühl geht aber manches!“



Zum 15-jährigen Bestehen des Dorfladens in Metterich überreichte Ministerpräsident Kurt Beck ein Bild als „Geburtstagsgeschenk“ an Ortsbürgermeister Rainer Wirtz.



Eine von Christoph Gehring (Deutschlandfunk) moderierte Podiumsdiskussion im Bitburger Haus Beda zum Thema „Für unser Land: Gut versorgt im Dorf.“ bildete den Abschluss des jüngsten Besuchstages von Ministerpräsident Beck.



Umweltstaatssekretärin Kraege (r.) wurde zur „Ökologia“ ernannt. Foto: Franz Froebel

Jacqueline Kraege ist „Ökologia“

Umweltstaatssekretärin Jacqueline Kraege ist jetzt zur „Ökologia – Botschafterin der Ökologie 2010“ ernannt worden. Der Titel „Ökologia“ wird vom Vorstand der Stiftung „Ökologie und Demokratie e.V.“ jährlich neu vergeben. Die Ernennung wurde im Beisein der bisherigen Amtsinhaberin, der ehemaligen Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, vom Vorstandsvorsitzenden Hans-Joachim Ritter vorgenommen. Die Stiftung Ökologie und Demokratie hat sich zum Ziel gesetzt, sowohl an der Förderung der politischen Bildung auch unter ökologischen Gesichtspunkten, als auch an der Realisierung konkreter beispielgebender Öko-Projekte in Europa sowie in Entwicklungsländern mitzuwirken.



Den spanischen Botschafter Rafael Dezcallar y Mazarredo empfing Ministerpräsident Kurt Beck in der Staatskanzlei. Foto: Rolf Becker

„Soziale Komponente stärken“

Ministerpräsident Beck empfing spanischen Botschafter

„Es ist gut, dass Spanien die soziale Komponente in Europa stärken will“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck beim Besuch des spanischen Botschafters Rafael Dezcallar y Mazarredo in der Staatskanzlei. Für die laufende Zeit der EU-Präsidentschaft hat Spanien die Sozialpolitik als Schwerpunkt gesetzt.

Der Ministerpräsident und der Botschafter des Königreiches Spanien vereinbarten eine gemeinsame Veranstaltung zur spanischen Ratspräsidentschaft, am 4. Mai 2010 in Mainz. Dabei wird auch der jährliche Europa-Preis der Landesregierung verliehen werden.

Botschafter Rafael y Dezcallar y Mazarredo betonte, die EU-Präsidentschaft sei für sein Land keine Formsache, man wolle die Chancen des Lissabon-Vertrags nutzen.

Die partnerschaftliche Beziehung zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien sei vielfältig. Im Bildungsbereich

arbeiten Rheinland-Pfalz und Spanien eng zusammen. Zwischen 25 rheinland-pfälzischen und spanischen Schulen besteht ein Schüleraustausch. Auch die Universitäten Mainz, Trier und Koblenz-Landau haben zahlreiche Kontakte zu spanischen Hochschulen, es wird auch ein Ingenieur-Doppeldiplom angeboten. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur arbeitet mit den spanischen Regionen Katalanien, Baskenland und Andalusien im Rahmen des europäischen Projekts EARLALL (Lebenslanges Lernen) zusammen. Der kulturelle Austausch soll verstärkt werden.

Die Rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1,4 Milliarden Euro nach Spanien (Januar bis September), die Importe betragen in dem Zeitraum 0,6 Milliarden Euro.

In Rheinland-Pfalz leben zurzeit 3723 spanische Staatsangehörige.

Bruch: Polizeibeamte im Land besser schützen

Regierung unterstützt die groß angelegte Studie zur Gewalt

„Unsere Polizistinnen und Polizisten berichten in den vergangenen Jahren von einer zunehmenden Gewalt gegen sie. Auch die Medien haben darüber verstärkt berichtet. Das nehme ich sehr ernst. Um unsere Beamtinnen und Beamten besser schützen und Gegenstrategien entwickeln zu können, müssen wir dieser Erscheinung auf den Grund gehen und die Ursachen erforschen. Deshalb beteiligen wir uns an der groß angelegten Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, die jetzt gestartet wird. Ich rufe alle Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz auf, sich rege an der Studie zu beteiligen!“ Dies sagte Innenminister Karl Peter Bruch in Mainz.

Die Befragung erfolgt im Zeitraum vom 8. Februar bis 7. März. An ihr beteiligten sich neben Rheinland-Pfalz neun weitere Bundesländer. Die Kosten für Rheinland-Pfalz beliefen sich auf insgesamt rund 9000 Euro. Ziel der Erhebung sei es, durch eine möglichst

breite Datenbasis über Umfang und Intensität der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte Analysen zu den verschiedenen Tätertypen vorzunehmen, typische Risikosituationen zu erkennen und umfassende Vorschläge für die Verhinderung der Gewalt und die Betreuung der Opfer abzuleiten, so Bruch weiter.

„Die Polizistinnen und Polizisten und ihre Berufsvertretungen beklagen eine hohe Zunahme der Gewalt und fordern notwendige Maßnahmen zum Schutz bei Einsätzen. Wir müssen hier aktiv werden. Leider haben einige Bundesländer und das Bundesinnenministerium ihre vorgesehene Beteiligung an der Studie zurückgezogen. Das kann ich nicht nachvollziehen“, sagte Bruch. Dennoch stelle die Befragung die größte Polizeiforschungsarbeit dar, die es in Deutschland jemals gegeben habe. Insgesamt würden über 85 000 Polizeibeamtinnen und -beamte gebeten, den entsprechenden Fragebogen auszufüllen.

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Lukas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17



Gemeinsame Vereinbarung von Landtag und Landesregierung. In Zukunft können die nationalen Parlamente, bei uns Bundestag und Bundesrat, nach Zuleitung einer EU-Gesetzesinitiative eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips geltend machen. Diese Ergänzung steht ganz im Zeichen des Vertrages von Lissabon. Unser Foto entstand anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung durch Landtagspräsident Joachim Mertes und Ministerpräsident Kurt Beck. Weiter auf dem Foto von links, Dr. Hans-Ulrich Bieler von der Landesvertretung, Landtagsdirektor Dr. Lars Brocker und der Vorsitzende des Ausschusses für Europafragen, Werner Kuhn (FDP).
Foto: Klaus Benz

Parlamente in EU-Gesetzgebung eingebunden

Vereinbarung von Landtag und Landesregierung im Zeichen des Vertrags von Lissabon

Zur förmlichen Unterzeichnung der von Landtag und Landesregierung gemeinsam erarbeiteten Ergänzung der Vereinbarung nach Artikel 89 b der Landesverfassung kamen Landtagspräsident Joachim Mertes und Ministerpräsident Kurt Beck am Rande der Plenarsitzung vom 4. Februar 2010 zusammen.

Die zuvor einstimmig vom Plenum beschlossene Ergänzung der Vereinbarung steht im Zeichen des Vertrags von Lissabon. Zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips sieht der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Reformvertrag erstmals ein förmliches Frühwarnsystem vor. Hiermit sollen die nationalen Parlamente – in Deutschland Bundestag und Bundesrat – frühzeitig im europäischen Rechtsetzungsverfahren eingebunden werden: Binnen acht Wochen nach Zuleitung der Gesetzesinitiative können Bundestag oder Bundesrat eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips geltend machen.

Mertes unterstrich, dass die Integrationsverantwortung im Rahmen des europäischen Frühwarnsystems von Bund und Ländern in gemeinsamer Verantwortung wahrgenommen werden müsse. „Mit dem Vertrag von Lissabon sind nämlich auch die Landtage ein Stück näher in das Bewusstsein der Europäischen Union gerückt. Schon wegen der originären Gesetzgebungsbefugnisse der Landesparlamente müssen sie in das Frühwarnsystem eingebunden werden.“ Die Einbeziehung der Landtage in das Frühwarnsystem erfolge über die Landesregierung im Bundesrat, erklärte Mertes.

Die mit der Landesregierung vereinbarten Unterrichtungspflichten schafften eine fundierte, zielgenaue und vor allem schnelle Informationsgrundlage für das Parlament. Unser Parlament wird hierdurch in die Lage versetzt, frühzeitig seine Stimme gegen sich abzeichnende Kompetenzüberschreitungen der Europäischen

Union zu erheben, betonte Mertes.

Besonders erfreut zeigte sich Mertes auch über die Vorreiterrolle, die Landtag und Landesregierung mit ihrem vereinbarten Informationssystem nun einnehmen würden. Dies sei ein gemeinsamer Verdienst, von der die Europatauglichkeit des Landes insgesamt profitieren werde. Mertes dankte allen Beteiligten, die auf Seiten des Landtags und der Landesregierung zum Gelingen der Vereinbarung beigetragen haben. Er hoffe, dass die mit der Vereinbarung gewährleistete Beteiligung des Landtags im parlamentarischen Alltag nun auch intensiv genutzt werde, so Mertes abschließend.

Trotz Krise neue Investitionen

SPD-Arbeitskreis Wirtschaft besuchte Michelinwerk

Im Rahmen einer auswärtigen Sitzung besuchte der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr der SPD-Fraktion auf Einladung des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion und örtlichen Landtagsabgeordneten, Carsten Pörksen, das Reifenproduktionswerk der Michelin Reifenwerke am Standort Bad Kreuznach. Die Abgeordneten informierten sich in Gesprächen und bei einer Betriebsbesichtigung über den Unternehmensstandort an der Nahe. Der hohe technische Stand der Produktionsanlage überzeugte die Abgeordneten.

Weltweit sind bei Michelin 117 000 Menschen beschäftigt. Am Standort Bad Kreuznach arbeiten rund 1600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen. Trotz der Wirtschaftskrise konnte dank einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 2,5 Stunden sowie einer flexibel eingesetzten Kurzarbeiterregelung im Bereich der Halbfabrikatherstellung, von der heute noch rund 150 Beschäftigte betroffen sind, der Bestand an Beschäftigten gehalten werden.

Die Phase der verringerten Produktion wurde von dem Unternehmen gezielt für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt. Diese Maßnahmen kamen Beschäftigten und Unternehmen nach-

haltig zu Gute, weil sie während der Krise den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnen und auch dem Unternehmen helfen, sich im Wettbewerb noch besser aufzustellen. Anfang des Jahres hat Michelin nun angekündigt, in diesem Jahr am Standort in Bad Kreuznach knapp 10 Millionen Euro für den Bau zweier Fertigungsanlagen zu investieren.

Die hohe Produktivität und die Bereitschaft der Belegschaft zur flexiblen Arbeitsgestaltung waren auch mit ausschlaggebend für die bereits im Jahr 2009 getätigten Investitionen von 4,7 Millionen Euro am Standort Bad Kreuznach, wie Werkdirektor Cyrille Beau erläuterte. In keinem anderen Werk in Europa werde zudem auf den neuartigen Anlagen eine so hohe Tagesproduktion erreicht wie in Bad Kreuznach, bestätigte der Werkdirektor.

Margit Mohr, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, begrüßte anlässlich des Unternehmensbesuchs die im Jahr 2007 zwischen den Michelin Reifenwerken und den Beschäftigten für die deutschen Produktionsstätten abgeschlossene Standortgarantie bis 2012, die den Standort Bad Kreuznach weiter gestärkt hat.



Arbeitskreis-Besuch bei Michelin in Bad Kreuznach. von links nach rechts: Carsten Pörksen, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Werkdirektor Cyrille Beau, zusammen mit den Abgeordneten Heiko Sippel, dem verkehrspolitischen Sprecher, Jens Guth, der wirtschaftspolitischen Sprecherin, Margit Mohr, und Fredi Winter.

Krankenhäusern fehlt Geld

CDU: Investitionsstau muss abgebaut werden

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Peter Enders, forderte die Landesregierung auf, den seit Jahren existierenden Investitionsstau an rheinland-pfälzischen Krankenhäusern abzubauen. Der Förderstau betrage seit Jahren um die 500 Millionen Euro. Ein von Gesundheitsministerin Malu Dreyer vorgestelltes Programm ändere nichts an dem Investitionsstau.

Die schwierige Finanzsituation der Krankenhäuser habe zur Folge, dass die Versorgung nicht auf dem neuesten Stand sei. Zudem seien die Krankenhäuser häufig gezwungen, an den Ausgaben für das Personal zu sparen, Ar-

beitsplätze würden abgebaut. Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten im Krankenhaus, vom Küchenpersonal über die Krankenschwestern und Pfleger bis zu den Ärzten, steige, beklagte Dr. Enders.

Darüber hinaus habe die Landesregierung kein Konzept gegen den immer größer werdenden Fachkräftemangel. Dies gehe zu Lasten jedes einzelnen Patienten. Seine Fraktion wisse die Landesregierung seit Jahren auf diese Entwicklung hin. Sie fordere die Landesregierung erneut auf, ein Konzept zum Abbau des Investitionsstaus vorzulegen.

Empfindliche Versorgungslücken

FDP: Mobilfunkversorgung nicht flächendeckend

Der wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Günther Eymael hat eine Kleine Anfrage zur Mobilfunkversorgung in Rheinland-Pfalz an die Landesregierung gerichtet. So gebe es in geschlossenen Ortschaften sowie selbst auf vielbefahrenen Bundes- und Landesstraßen teils empfindliche Versorgungslücken.

Deshalb wolle er von der Landesregierung unter anderem wissen, welche Chancen sie für eine möglichst flächendeckende Versorgung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz mit Internet und mit breitbandigem Mobilfunk sieht und inwieweit eine Unterstützung der Netzbetreiber durch die Bereitstellung der notwendigen Infra-

struktur möglich sei.

Handys spielten heute auch eine wichtige Rolle, um nach Unfällen Rettungsdienste zu alarmieren, so Eymael. Deshalb sei es ein Problem, wenn beispielsweise auf der B 37 zwischen Bad Dürkheim und Frankenstein ebenso Lücken in den Handynetzen bestünden wie etwa auf der B 48 im Bereich von Johanniskreuz. Beide Strecken seien insbesondere am Wochenende bei Motorradfahrern sehr beliebt. Vor diesem Hintergrund wolle er von der Landesregierung wissen, wie auf den beiden beispielhaft genannten Strecken die schnelle Alarmierung der Rettungsdienste gewährleistet sei.

Keine „Billig-Entlohnung“

SPD: Bedauerliche Entscheidung zur Postmindestlohnverordnung

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zur Postmindestlohnverordnung bedauert die postpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hannelore Klamm.

Mit dieser Verordnung waren Mindestlöhne im Bereich der Briefdienstleistungen nach Maßgabe des Tarifvertrages des Arbeitgeberverbandes Postdienste e.V. und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom November 2007 für verbindlich erklärt worden.

Hannelore Klamm betonte, dass auch zukünftig die Löhne im Bereich

der Briefdienstleistungen angemessen gesichert werden müssten. Dies habe die bisherige Bundesregierung der Großen Koalition ebenso gesehen. Privater Wettbewerb dürfe eben nicht zu Lasten der Arbeitsbedingungen und in Richtung ‚Billig-Entlohnung‘ gehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt müsse man erst die schriftlichen Urteilsgründe des Leipziger Urteils abwarten. Das Thema Mindestlöhne stehe dennoch weiter auf der politischen Agenda in Deutschland, so Klamm.



Endspurt im Schüler- und Jugendwettbewerb

Einsendeschluss ist am 31. März 2010 – Fünftägige Studienfahrt nach Berlin zu gewinnen

Noch bis zum 31. März 2010 haben rheinland-pfälzische Jugendliche Zeit beim 24. Schüler- und Jugendwettbewerb der Landeszentrale für politische Bildung und des Landtags von Rheinland-Pfalz ihre Chancen auf einen der vielen attraktiven Preise zu wahren. Bis dahin haben sie noch die Möglichkeit ihre Ansichten und Ideen in Form von Einzel-, Gruppen- und Klassenarbeiten einzureichen. Zur Auswahl stehen beim diesjährigen Wettbewerb die Themen

- Süchte – eine Flucht aus der Wirklichkeit: Gefesselt von Drogen, Alkohol, Tabak, Computer, Spielen usw.
- 20 Jahre der Deutschen Einheit – Vergangenheit und Gegenwart: Ist zusammengewachsen, was zusammengehört?

■ Jenseits der Grenze: Unser Nachbar Frankreich

„Jedes Jahr aufs Neue bieten wir den rheinland-pfälzischen Jugendlichen die Möglichkeit, uns ihre Ansicht zu den ausgelobten Themen mitzuteilen und mit ihren eingereichten Arbeiten einen der vielen Preise zu gewinnen“, stellen Joachim Mertes, Präsident des Landtags, und Dr. Dieter Schiffmann, Direktor der Landeszentrale, zum Auftakt des Schüler- und Jugendwettbewerbs 2010 fest. Direkt an die Jugendlichen gewandt fahren sie fort: „Aus der Vergangenheit lernen, sich mit der Gegenwart beschäftigen und die Zukunft mit zu gestalten, dazu bieten die drei Themen des Schüler- und Jugendwettbewerbs wieder Gelegenheit. Wir freuen uns auf Eure Beiträge.“

Wer am Schüler- und Jugendwettbewerb 2010 teilnehmen will, muss 13 - 20 Jahre alt sein, in Rheinland-Pfalz leben, zur Schule gehen, in Ausbildung sein oder arbeiten. Ob im Jugendzentrum, in der Ausbildung, in der Schule oder in Eigenverantwortung entstanden, ob Einzel- oder Gruppenarbeit, ob Video, Wandzeitung, Homepage oder Computerspiel, das selbst-aktiv werden wird mit tollen Preisen belohnt. Dazu gehören eine 5-tägige Studienfahrt nach Berlin für Einzel- und Gruppensieger, die Teilnahme an einem Landtagsseminar für Jugendliche, Tagesfahrten oder Klassenanschaffungen für Schulklassen, und zusätzlich jede Menge toller Bücher, Spiele und Videos.

Einsendeschluss für die Arbeiten zum Schüler- und Jugendwettbewerb 2010 ist der 31. März 2010. Die Preisverleihung ist am Donnerstag, dem 10. Juni 2010 in Mainz. Die Preisträgerarbeiten werden im Foyer des Landtages ausgestellt. Näheres erfahren Sie bei Herrn Dieter Gube, Landeszentrale für politische Bildung, Am Kronberger Hof 6 in 55116 Mainz (E-Mail: dieter.gube@politische-bildung-rlp.de / Tel.: 061 31 / 16 - 40 98 / Fax: 061 31 / 16 - 29 80). Dort können auch Plakate zum Wettbewerb und die Ausschreibungsunterlagen, auch im Klassensatz, bestellt werden.

Abzockmaschinen im Internet

SPD-Arbeitskreis zu Gast bei der Verbraucherzentrale

Der Arbeitskreis „Verantwortung in der medialen Welt“ der SPD-Landtagsfraktion war zu Gast bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und informierte sich über Verbraucherschutz in den Bereichen Medien, Internet und Telekommunikation.

„Wie wir erfahren haben, fallen viele Menschen auf üble Abzockmaschinen im Internet herein. Mit vermeintlich kostenlosen Web-Angeboten wie SMS-Diensten, Downloads oder durch den versehentlichen Abschluss eines Abonnements bzw. den Aufruf kostenpflichtiger Seiten ziehen zweifelhaftes Firmen neugierigen Nutzern das Geld aus der Tasche. Tücken lauern aber auch bei Onlinespielen, die gerade bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt sind. Andere Probleme können bei Online-Nutzung von Musikdateien über Tauschbörsen auftreten, die aus urheberrechtlicher Sicht gefährlich sind. Bedenklich ist aber auch, dass viele Jugendliche in Online-Communities recht unbedarft mit persönlichen Angaben umgehen. Allein im Jahr 2009 haben sich über 18 000 Menschen mit Anfragen aus den Bereichen Telekommunikation, Internet und Medien an die rheinland-pfälzische Verbraucherzentrale gewandt“, erklären die stellvertretende Kommissions-Vorsitzende Renate Pepper und der SPD-Obmann Martin Haller.

Der Trend setzte sich weiter fort. Im Januar hätten sich bereits knapp 500 Verbraucher in Sachen Internetabzocke an die Beratungsstellen gewandt. Nicht besser sehe es bei unerlaubter Telefonwerbung aus. Es würden viele Fälle aus dem Bereich Gewinnspiele/Lotterie gemeldet. Außerdem werde nach wie vor häufig die Rufnummer unterdrückt, obwohl dies nicht erlaubt sei.

„Die jüngsten Änderungen im Telekommunikationsgesetz und im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb haben in diesen Bereichen offenbar keine große Wirkung gezeigt. Eine gesetzlich vorgeschriebene Regelung zur Preistransparenz fehlt in Deutschland noch immer. Bei Online-Spielen existiert bisher kein wirksames und aus datenschutzrechtlicher Sicht unbedenkliches Altersverifikationsverfahren. Ferner müssen Zahlungssysteme entwickelt werden, zu denen Kinder und Jugendliche keinen Zugang haben. An erster Stelle steht aber weiterhin die umfassende Aufklärung von Kindern, Jugendlichen und vor allem deren Eltern. Gerade sie werden von den bestehenden Informationsangeboten noch zu wenig erreicht. All diese Themen und Fragen nehmen wir mit in die weiteren Beratungen der Enquete-Kommission und werden sie mit unseren Experten diskutieren“, so die beiden Abgeordneten.

Ausstellung „StadtLeben“

„StadtLeben“ lautet der Titel der neuen Kunstausstellung der Reihe „Kunst im Abgeordnetenbüro“, die Initiator Manfred Geis am Montag, dem 8. Februar im Abgeordnetenhaus des Landtages eröffnen wird.



Die Ausstellung basiert auf einem Seminar „Zeichnen und Druckgrafik“ der Fachhochschule Mainz, das unter der Leitung der Künstlerin und Dozentin Mirta Domacinovic stand.

Die Studierenden, angehende Grafikdesigner, sollten sich mit dem städtischen Umfeld sowohl in sozialer wie auch in architektonischer Hinsicht zeichnerisch auseinandersetzen. Die Charaktere der Stadt, Zeit, Schnelligkeit, Veränderung oder gegensätzliche Aspekte wie Bewegung und Ruhe, Tag und Nacht, alt und neu, sollten Ansatzpunkte sein.

Sebastian Breidecker hat sich unter anderem mit dem Kontrast zwischen alter und neuer Architektur auseinandergesetzt. Dabei schuf er ein Sammelsurium von Eindrücken und verschiedenen Blickwinkeln der Stadt, in der er lebt.

Johann Kruschinski zeigt Sondersituationen, die in einer Stadt allgegenwärtig existieren und ohne die eine Stadt nicht bestehen würde und sich auch nicht weiterentwickeln könnte. Bei ihm geht es speziell um Baustellen und Bauarbeiten.

Oksana Kyzymchuk zeigt Menschen, denen sie begegnet, und die bei ihr Eindruck hinterlassen. Sie kleidet sie in ein Muster aus der Umgebung, in der sie die Personen antrifft. Isabella Hoff hält menschenleere U-Bahnstationen fest, die sich zwischen ihrer Wohnung und der Fachhochschule befinden.

Mirta Domacinovic benutzt Börsenberichte verschiedener Tageszeitungen als Träger ihrer Zeichnungen. Diese zeigen das Ende einer Konsumkette: Abfall und leere Töpfe.

Neue Qualität der Unzufriedenheit

CDU begrüßt Gründung eines Bildungsbündnisses

Die Gründung des Bildungsbündnisses, einem Zusammenschluss von Elterninitiativen und Verbänden in Rheinland-Pfalz wurde von der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina Dickes, begrüßt.

Das Bündnis setzte sich für eine Reduktion des Unterrichtsausfalls, die Verbesserung der Unterrichtsqualität, kleinere Klassen sowie den Erhalt einer differenzierten Schullandschaft ein. Die Landesregierung habe auf diese Forderungen bisher keine Reaktionen gezeigt, so Dickes.

Dieser landesweite Einsatz von Eltern und Lehrern mache die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik der Landesregierung sehr deutlich. In den letzten Monaten habe sich die Zahl der Elterninitiativen für bessere Bildung in Rheinland-Pfalz spürbar vermehrt. Dass sich jetzt sogar ein landesweites Bündnis formiere, zeige jedoch eine ganz neue Qualität der

Unzufriedenheit. Diese Stimmen könne die Landesregierung nicht mehr überhören.

Für die Landesregierung sei es ein Armutszeugnis, wenn ein Protest dieser Größenordnung auf die Missstände in unseren Schulen hinweise, so Dickes. Das Thema Schülerbeförderung, eine nicht zu Ende gedachte Realschule Plus, fehlende Konzepte zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und der individuellen Förderung ließen die Defizite offen zu Tage treten. Eltern und Lehrer hätten von stets neuen Projekten und Reformen ohne spürbare qualitative Verbesserung endgültig die Nase voll.

Auch die angekündigte Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für angehende Gymnasiallehrerinnen und -lehrer verfehle das Klassenziel. Zum 1. Februar 2010 seien wieder mehrere Hundert Bewerber für ein Referendariat abgelehnt worden, die unsere Schulen dringend benötigten.

Datensammelwut Einhalt gebieten

Pörksen: Europäischer Datenschutztag – Unabhängige Kontrolle wichtig

Der europäische Datenschutztag findet regelmäßig am 28. Januar statt. Zu diesem Zeitpunkt begann im Jahr 1981 die Unterzeichnung der Europaratskonvention 108 zum Datenschutz. Dort verpflichteten sich die europäischen Staaten für die Achtung der Rechte und Grundfreiheiten, insbesondere des Persönlichkeitsbereichs, bei der automatisierten Datenverarbeitung Sorge zu tragen.

„Ein effektiver Datenschutz ist für die SPD heute wichtiger denn je. Was im Jahr 1981 noch nach Science-Fiction klang, ist heute teilweise schon bittere Realität geworden. Längst ist das Sammeln, Verkaufen und Vernetzen von Daten – auch und gerade von persönlichen Daten – grenzenlos ge-

worden. Dieser grenzenlosen Datensammelwut Einhalt zu gebieten, sie zu hinterfragen und wenn nötig zu unterbinden, ist die Aufgabe eines effektiven Datenschutzes“, so Carsten Pörksen, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der Datenschutzkommission des Landtags.

Pörksen: „Gerade als Innen- und Sicherheitspolitiker möchte ich anlässlich des europäischen Datenschutztags betonen, dass es zu den Stärken eines Rechtsstaates gehört, wenn Datenschützer, Politiker, Bürger oder Institutionen den Mut aufbringen, in der Diskussion um vergangene und anstehende Sicherheitsbestimmungen immer wieder die Frage nach der Balan-

ce zwischen Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlusten zu stellen.

Datenschutz bedeutet, sich einzumischen und Dinge kritisch zu hinterfragen. Dieses stete Ringen um die Balance zwischen Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlusten ist die zentrale Herausforderung eines effektiven Datenschutzes. Unabhängige Kontrolle ist hier ebenso wichtig wie das Verantwortungsgefühl und das Datenschutzbewusstsein jedes Einzelnen. Aufklärung – wie es zum Datenschutztag beispielsweise der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte Edgar Wagner im Rahmen einer Veranstaltung u.a. mit Lehrkräften an Schulen und Bildungsbeiräten eindrucksvoll zeigt – ist wichtiger denn je.“



Guido Ernst (CDU, rechts) ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Medien und Multimedia. Er löst seinen Fraktionskollegen Dr. Norbert Mittrücker ab, der den Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr übernahm. Stellvertreter bleibt Heribert Heinrich (SPD). Foto: Klaus Benz

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Weichen auf wirtschaftliches Wachstum stellen

„Der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz und auch in Deutschland insgesamt macht deutlich, wie dringend es ist, die Weichen auf wirtschaftliches Wachstum zu stellen“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Günter Eymael. Auch wenn wohl vor allem jahreszeitliche Gründe für den aktuellen Anstieg verantwortlich seien, wirke sich auch die wirtschaftliche Krise aus.

Deshalb sei es richtig, dass die neue Bundesregierung die Bürger und Unternehmen mit einem Sofortprogramm steuerlich entlastet habe. Das von der FDP geforderte einfachere Steuersystem mit niedrigeren Sätzen müsse nun folgen, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, so

Eymael. Darüber hinaus seien weitere Reformen notwendig, etwa um Zukunftstechnologien bessere Chancen zu eröffnen.

Es sei schwer einzuschätzen, wie sich der rheinland-pfälzische Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten entwickeln werde, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD, Marianne Grosse. Die Hinweise auf eine Erholung der Wirtschaft und des Wachstums würden deutlicher. Dennoch müsse auch weiterhin mit einer Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation gerechnet werden.

Die Arbeitslosenquote liege bei 6,4 Prozent und damit fast gleich hoch wie im Januar des vergangenen Jahres, so Grosse.

Partizipationschancen steigen

SPD: Land ist in der Integrationspolitik auf gutem Weg

Anlässlich der Vorstellung des 3. Zuwanderungs- und Integrationsberichts zeigten sich Ingeborg Sahler-Fesel, Obfrau der SPD-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ und der integrationspolitische Sprecher Dieter Klöckner erfreut über die positive Bilanz der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik.

Wie der vorliegende Bericht zeige, hätten sich die Partizipationschancen von Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens gut entwickelt. Dazu zählten beispielsweise die Reform der Ausländerbeiräte und das Werben für höhere Einbürgerungsquoten. Um die Situation von Migrantinnen und Migranten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern, habe das Land seine arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen intensiviert. Was die Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen und beruflichen Abschlüssen angehe, sei die Bundesregierung aufgefordert, endlich zu handeln. Das hierzu im Dezember vorgelegte Eckpunktepapier habe aber nicht überzeugt.

Die Landesregierung möchte Familien mit Migrationshintergrund den Zugang zu Beratungs- und Informationsangeboten durch niedrigschwellige und aufsuchende Angebote weiter erleichtern. Ein wichtiger Baustein

hierbei seien die zahlreichen ‚Häuser der Familien‘ sowie die ‚Lokalen Bündnisse für Familien‘. Um Migrantinnen und Migranten in das Pflege- und Gesundheitssystem zu integrieren, habe die Landesregierung frühzeitig verschiedene Initiativen ergriffen, wie beispielsweise durch die modellhafte Einrichtung einer Beratungsstelle für ältere Migrantinnen und Migranten. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz sei die Broschüre ‚Familien kultursensibel pflegen‘ als ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber entstanden.

Sahler-Fesel: „Die Bildungspolitik nimmt in Rheinland-Pfalz eine herausragende Stellung ein – so auch im Integrationskonzept des Landes. Dank vielfältiger Sprachfördermaßnahmen werden in Rheinland-Pfalz mehr als ein Drittel der künftigen Erstklässler erreicht. Ein so genannter Sprachförderpass dokumentiert die Fortschritte und Maßnahmen. Zusammen mit dem Programm ‚Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an‘, dem Ausbau der Ganztagschulen und der Einführung der Realschule plus befindet sich die Landesregierung auf einem sehr guten Weg. Das sind die richtigen Akzente für eine frühzeitige Förderung und damit für gute Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund.“